

Rainer Dahlem  
GEW-Landesvorsitzender

Ludwigsburg, 24.11.2007

**Begrüßung beim GEW-Bildungskongress  
„Heraus aus der Sackgasse – Eine Schule für alle!“**

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Brief vom 6. November 2007, den der baden-württembergische Kultusminister Helmut Rau an alle Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sowie alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Baden-Württemberg verschickt hat, steht Folgendes zu lesen: „Die demografische Entwicklung rechtfertigt jedoch in keiner Weise die Abschaffung der Hauptschule als eigenständige Schulart mit profiliertem Bildungsangebot. Sie bleibt eine Säule des dreigliedrigen Schulwesens in Baden-Württemberg.“ Und weiter unten heißt es: „Wir halten aus guten Gründen an der Hauptschule als eigenständiger Schulart fest.“ Welches diese guten Gründe sind, verschweigt der Kultusminister allerdings in seinem Brief.

Ein zweites Zitat:

Die Stuttgarter Zeitung vom 16.11.2007 berichtet über einen Schulleitertag, der im Großraum Stuttgart stattgefunden hat.

Ich zitiere: „Der Kultusminister Helmut Rau bekräftigte beim Schulleitertag noch einmal sein Votum für die Hauptschule. Er untermauerte dies mit den Ergebnissen einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey. Diese habe ergeben, dass nicht die Schulstruktur oder die Größe der Klassen für den Lernerfolg entscheidend seien, sondern ausschließlich die Qualität der Lehrer.“ Später heißt es dann in dem Artikel: „Der Abteilungsleiter Allgemein bildende

Schulen im Kultusministerium bemängelte, dass bereits jetzt zu viele Kinder auf einer Realschule oder einem Gymnasium sind, die da nicht hingehören.“

Ich habe mit diesen beiden Zitaten begonnen, um gleich zu Beginn deutlich zu machen, auf welchem Niveau der Kultusminister von Baden-Württemberg und seine Beamten die Schulstrukturdebatte führen.

Während in Schleswig-Holstein die ersten Gemeinschaftsschulen gegründet werden, die Landesregierung in Rheinland-Pfalz die Abschaffung der Hauptschule beschlossen hat und auch in anderen Bundesländern mittlerweile sehr viel offener über die Schulstrukturfrage diskutiert wird, bewegt sich der Kultusminister auf dem Diskussionsstand der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Tatsache ist, dass die Übertrittsquote auf die Hauptschule in diesem Jahr den historischen Tiefstand von 27 % erreicht hat. Die Frage ist, wann die Landesregierung auf diese seit Bestehen der Hauptschule feststellbare Entwicklung endlich angemessen reagiert – bei einer Übertrittsquote von 25, 20, 15 oder 10%? Wie lange will der Kultusminister noch tatenlos zusehen, wie das System systematisch an die Wand gefahren wird? Denn eines ist klar: Es handelt sich hierbei nicht um eine Krise der Hauptschule, sondern um eine Krise des gegliederten Systems insgesamt.

Solange wir ein hierarchisch gegliedertes Schulsystem haben, werden die Krisensymptome zuallererst an der Schulart sichtbar, die von den Kindern und Eltern am wenigsten akzeptiert wird, und dies ist nun einmal die Hauptschule.

Deshalb werden alle Programme zur Stärkung der Hauptschule, auch wenn sie noch so gut gemeint sind und noch so pressewirksam verkauft werden, keine Wirkung erzielen. Wer glaubt, mit ein bisschen mehr Unterricht, mit einer Kompetenzanalyse und mit miserabel bezahlten pädagogischen Assistentinnen und Assistenten seien die Probleme zu lösen, der irrt sich gewaltig. Es geht nämlich

nicht nur um die Hauptschule, sondern um das gesamte System. Ich finde es deshalb unerträglich, wenn öffentlich allzu gern und allzu oft von der Krise der Hauptschule oder vom Problemfall Hauptschule gesprochen wird. Mit solchen Aussagen werden nicht nur die Kinder und Jugendlichen, die diese Schule besuchen, sondern wird auch die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer diskreditiert.

Wie sagt doch gleich der Kultusminister? Für den Lernerfolg entscheidend sei ausschließlich die Qualität der Lehrer.

Manchmal frage ich mich ganz ernsthaft, ob diejenigen, die das gegliederte Schulwesen mit Zähnen und Klauen verteidigen, auch wirklich glauben, was sie sagen.

Erfreulicherweise aber wird ihre Zahl immer kleiner. In Baden-Württemberg sind es außer der CDU noch der Philologenverband, die Berufsschullehrerverbände und ein paar versprengte Realschulrektoren. Und die FDP, die nach dem kühnen Vorstoß ihres Fraktionsvorsitzenden nach Einführung der sechsjährigen Grundschule gleich wieder zurückgerudert ist, hat sich bildungspolitisch längst verabschiedet.

Die Kritik am gegliederten Schulsystem nimmt auch in der Wirtschaft zu – der Baden-Württembergische Handwerkstag, einzelne Industrie- und Handelskammern und Unternehmerpersönlichkeiten haben sich dem offenen Brief der oberschwäbischen Rebellen angeschlossen und fordern eine grundlegende Reform der bestehenden Schulstrukturen.

Pünktlich zu unserem heutigen Kongress meldet sich die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ – nicht eben bekannt als Keimzelle sozialistischer Gleichmacherei – zu Wort und veröffentlicht einen von vielen namhaften Persönlichkeiten unterzeichneten Aufruf unter der Überschrift „Schluss mit dem Streit – wie Deutschlands Schulsystem reformiert werden muss!“

Unabhängig davon, ob die in dem Aufruf propagierte „Zwei-Wege-Lösung“ unsere Zustimmung findet oder nicht – bemerkenswert ist diese Initiative allemal.

Die Schulstrukturdiskussion hat in Deutschland – nicht zuletzt durch die einschlägigen Befunde internationaler Schulleistungsvergleiche – neuen Schwung bekommen.

Zum Beispiel PISA – ich nenne die drei zentralen Ergebnisse:

1. In keinem vergleichbaren Land der Welt besteht ein so enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg. Die Verlierer dieses Schulsystems sind insbesondere die Jungen und Migrantenkinder.
2. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die keinen oder nur einen sehr schlechten Abschluss erreichen, ist in Deutschland viel zu groß. Bundesweit zählt PISA etwa 23 % - in Baden-Württemberg sind es 19 % - zur so genannten Risikogruppe.
3. Auch in den Spitzenleistungen hat unser System erhebliche Defizite – aus unseren Schulen kommen zu wenige hoch- und höchstqualifizierte junge Menschen, obwohl wir alle wissen, dass wir in Zukunft nicht weniger, sondern mehr gut und bestausgebildete Fachkräfte brauchen.

Diese Ergebnisse kommen zustande, obwohl uns seit Jahrzehnten weisgemacht wird, unser System sei hoch differenziert und für jedes Kind gebe es die „begabungsgerechte“ Schule.

Die Antwort auf diese im Grunde deprimierenden Befunde kann nur heißen: Wir brauchen keinen weiteren Hauptschulzug und keine weiteren Hochbegabtgymnasien, sondern wir brauchen eine Schule für alle, in der nicht perfekt erscheinende Auslese- und Sortiermechanismen, sondern die bestmögliche individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes im Mittelpunkt stehen.

Ich gebe zu, dass sich viele von uns noch etwas schwer tun mit diesem Gedanken. Zu tief ist das gegliederte Schulsystem in unseren Köpfen verwurzelt und zu wenig lernen Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Aus- und Fortbildung den konstruktiven Umgang mit Heterogenität. Deshalb haben viele unserer Kolleginnen und Kollegen berechnete Angst vor einer grundlegenden Schulstrukturreform. Diese Sorgen und Ängste müssen wir ernst nehmen.

Denn in einem Punkt haben die Verteidiger des bestehenden Systems Recht – Strukturen allein verändern die Welt noch nicht. Genauso richtig ist aber auch, dass es einen Zusammenhang zwischen Schulstruktur und Schulkultur gibt. Solange wir ungestraft sagen dürfen „Dieses Kind gehört nicht in diese Schule“, solange wir Kinder wegschicken können – abschulen sagt man gelegentlich auch dazu – solange ist etwas gewaltig faul an diesem System.

Bei unserem heutigen Bildungskongress, zu dem ich euch/Sie ganz herzlich begrüße, wollen wir nicht die Debatten der 60er und 70er Jahre führen, sondern wir wollen versuchen, in der Diskussion voranzukommen und nach Lösungen zu suchen, die auch in diesem Land Baden-Württemberg durchsetzbar sind.

In diesen Bildungskongress integriert ist die Schulleitertagung des GEW-Bezirks Nordwürttemberg, zu dem Schulleiterinnen und Schulleiter aus dem ganzen Land gekommen sind. Ich glaube, es war die Schwäbische Zeitung, die den heutigen Kongress im Vorfeld auch als Familientreffen der oberschwäbischen Rebellen bezeichnet hat. Deshalb gilt mein besonderer Gruß allen mehr oder weniger rebellischen Schulleiterinnen und Schulleitern.

Wir haben heute noch eine zweite Tagung hier im Haus – einen Stock höher sind fast 200 Erzieherinnen, die sich mit dem Thema Resilienz beschäftigen. Als GEW liegt uns sehr viel daran, immer wieder deutlich zu machen, dass Bildung nicht erst mit der Schule beginnt – wir sind nicht nur die größte Bildungsorganisation, sondern wir organisieren Beschäftigte aus allen Bildungsbereichen und darauf sind wir auch ein bisschen stolz.

Wir freuen uns riesig, dass unser heutiger Kongress auf so große Resonanz stößt – es scheint das richtige Thema zur richtigen Zeit zu sein.

Während das Kultusministerium seine Bildungskongresse regelmäßig an Wochentagen abhält und dadurch Tausende von Unterrichtsstunden ausfallen, findet unser Bildungskongress an einem Samstag statt, d. h. alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer opfern ihre kostbare Freizeit.

Ich finde, diese Tatsache sollte man insbesondere jenen ins Stammbuch schreiben, die gerne laut aufheulen, wenn die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen ihren Pädagogischen Tag an einem ganz normalen Wochentag durchführen, um sich beruflich zu qualifizieren.

Unter uns begrüße ich einige Gäste – den Vorsitzenden des Schulausschusses des Landtags von Baden-Württemberg, unseren Kollegen Norbert Zeller; die stellvertretende Vorsitzende des Schulausschusses, Frau Sabine Kurtz von der CDU-Fraktion, die bildungspolitische Sprecherin der Grünen im baden-württembergischen Landtag, unsere Kollegin Renate Rastätter sowie den SPD-Landtagsabgeordneten Christoph Bayer – ihnen allen ein herzliches Willkommen.

In Vertretung der Vorsitzenden des Landesschulbeirats begrüße ich unseren Kollegen Wolfgang Klink.

Ich begrüße Kolleginnen und Kollegen aus anderen Landesverbänden und Vertreterinnen und Vertreter der Eltern.

Mein besonderer Gruß gilt den beiden Hauptreferenten des heutigen Vormittags, Dr. Ernst Rösner vom Institut für Schulentwicklungsforschung in Dortmund, der mit seinem Referat „Eine Schule für alle – aber wie?“ den Blick auch über den baden-württembergischen Tellerrand richten wird.

Und Prof. Dr. Karl Zenke, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg mit dem Thema „Wege aus der Schulkrise – gibt es eine baden-württembergische Lösung?“

Seien Sie uns herzlich willkommen.

Nach der Pause wird es dann eine moderierte Diskussionsrunde geben – deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer ich an dieser Stelle nur ganz pauschal begrüßen möchte – ich werde sie nachher einzeln vorstellen.

Ich danke allen, die an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung dieser Mammutveranstaltung beteiligt waren und nenne stellvertretend unsere Kolleginnen Ute Kratzmeier und Monika Dehmelt sowie unseren Kollegen Willi Schuster.

Bei der heutigen Veranstaltung ist fast die ganze Geschäftsstelle der GEW Baden-Württemberg und der GEW Nordwürttemberg im Einsatz, allen haupt- und ehrenamtlichen Kolleginnen und Kollegen danke ich ganz herzlich.

Wir haben uns ein strammes Programm für den heutigen Vormittag vorgenommen, wie gesagt, es geht nicht darum, alte Debatten wieder aufzuwärmen, sondern wir wollen mit unserer heutigen Diskussion den Blick nach vorne auf zukunftsorientierte Lösungen in Baden-Württemberg richten. In diesem Sinne wünsche ich unserem Kongress einen ertragreichen Verlauf.